

Nord-SPD bleibt bei Abschiebestopp

Keine Rückführungen nach Afghanistan – Stegner: Wahl wird auch mit Humanität und Integration gewonnen

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Gefährdete Chancen zur Landtagswahl? Ralf Stegner, Nord-Chef und Bundes-Vize der SPD, hat am Montag Einschätzungen seiner Bundesspitze widersprochen, wonach Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten mit einem Kieler Alleingang zum Afghanistan-Abschiebestopp ihre Regierungsmehrheit verspielen könnten. „Härte und Inhumanität zählt bei SPD-Wählern nicht ein“, sagte Stegner. Viel eher zweifle er daran, ob ein solcher Kurs „bei den Wählern der Partei, die ihr christliches C vorne hat, so gut ankommt – bei den Landfrauen zum Beispiel, die sich um Flüchtlinge kümmern, und den kirchlichen Initiativen“.

Stegner räumte ein, dass die Sozialdemokraten eines deutlich machen müssten: „Nicht alle Menschen können hier bleiben.“ Wenn Asylanträge abgelehnt werden, setze man im Norden zunächst auf eine freiwillige Ausreise und sei damit gut beraten. Funktioniere dieses Prinzip nicht, werde abgeschoben – „allerdings nicht in Länder, die nicht sicher sind“. Afghanistan jedenfalls gehöre nicht dazu. „Am Ende

wird die Wahl mit den Themen Bildung, Arbeit, Familie und Gerechtigkeit gewonnen, auch mit Humanität und Integration“, sagte Stegner. „Aber ganz

bestimmt nicht mit Angst und Ressentiments.“

Für diesen Dienstag plant Bundes-Innenminister Thomas de Maizière (CDU) eine zweite Sammelaussiedlung. Die Nordkirche protestierte bereits heftig. Während sich das rot-grün regierte Hamburg erneut beteiligen will, verschränkt die rot-grün-blaue Landesregierung die Arme. „Wir sind mit unserer Haltung mitnichten isoliert“, betonte Stegner. Er verwies auf Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz.

Der innenpolitische Grünen-Sprecher Burkhard Peters merkte kritisch an, dass Schleswig-Holstein bisher das einzige Bundesland sei, das seine Ablehnung offen geäußert hat. „Es ist doch eine Fiktion, dass es in Afghanistan ruhige, sichere Regionen gibt.“ Wer das behauptete, solle mal die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes studieren. „In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden“, heißt es dort. „Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und

anderen Gewaltverbrechen kommen.“

Nach Angaben eines Sprechers des Kieler Innenministeriums werden Straftäter in

Schleswig-Holstein nicht geduldet – auch dann nicht, wenn sie aus Afghanistan kommen. Ein Verurteilter sei im vergangenen Jahr an den Hindukusch abgeschoben worden.

CDU und FDP drängen auf Umsetzung der Regelungen

Unterdessen waren Ende 2016 in Schleswig-Holstein 728 abgelehnte afghanische Asylbewerber vollziehbar ausreisepflichtig. 173 von ihnen waren jünger als 16 Jahre, 116 im Alter zwischen 16 und 18 Jahren. „Abschiebungen rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber nach Afghanistan sind nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes zu verantworten“, betonte CDU-Fraktionschef Daniel Günther. „Nach Recht und Gesetz müssen sie deshalb durchgeführt werden.“ Diese Auffassung vertrete man schon seit Monaten – „unabhängig von Umfragen“. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki stieß in dasselbe Horn. „Wir können es nicht akzeptieren, wenn sich diese Landesregierung über vorhandene gesetzliche Regelungen unter Be-

rufung auf vermeintlich höher-rangige Überlegungen hinwegsetzt.“

Das Thema beschäftigt morgen den Landtag.

” Härte und Inhumanität zählt bei SPD-Wählern nicht ein.

Ralf Stegner,
Nord-Chef und Bundes-Vize